



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/228

30. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Minister Albertz über seine Erfahrungen mit dem Bundesrat	S.1
Frankreichs Aussenpolitik - Bericht aus Paris-	S.3
Die Berliner Industrie-Schau	S.5

Ein Jahr Bundesrats-Praxis

Von Pastor Heinrich Albertz, Staatsminister

Wenn man nach seinen einjährigen Erfahrungen mit dem Bundesrat gefragt wird, kann man nicht ganz ohne Humor anfangen, denn die, die dieses seltsame Instrument im Verfassungsaufbau der Bundesrepublik mit Nachdruck gefordert hatten, sind in diesem Jahre nicht immer glücklich mit ihm geworden; und die anderen, die sich bis zuletzt gegen eine Überbetonung des föderalistischen Elementes und des Eigengewichts der Länder gewehrt haben, schritten in diesem ersten Jahr sehr oft in den Masken ihrer Gegner einher. Es war ein seltsames Spiel mit vertauschten Rollen und weithin ein unehrliches Spiel, das dem dritten Anfangsversuch einer Demokratie in Deutschland nicht gerade förderlich gewesen ist. Und darum lohnt es sich vielleicht doch, nach einem Jahr einige Feststellungen zu treffen:

Die erste ist die: Der Wille des Grundgesetzes, eine eindeutige Vertretung der Länder zu schaffen, ist nicht erreicht worden; denn führte man ihn in der Konsequenz durch, dann wäre der Bundesrat in seinen Plenarsitzungen nichts weiter als eine Abstimmungsmaschine ohne jede Möglichkeit der Diskussion, und die Voten der einzelnen Landesregierungen könnten auch telegrafisch abgegeben werden, was uns viel Zeit, Geld und Ärger ersparen würde. Vielmehr sind wir in einen seltsamen Zwischenzustand geraten: zwischen dem, was das Grundgesetz wollte, und einen echten Staat. Und die Mehrheit der Länderregierungen ist auch bedenkenlos genug, je nach Bedarf für den einen oder anderen das Pferd zu reiten: wenn es bequem ist, sich auf nichtgefaßte Entscheidungen der Länderkabinette zurückzuziehen und sich der Stimme zu enthalten; wenn es günstig erscheint, lange politische Ausführungen zu machen und je nach Bedarf auch ohne Entscheidungen der Länderregierungen abzustimmen. Hierbei haben die Länderkabinette, die keine Koalitionsregierungen sind, das leichtere Spiel, dass sie sich der

Zustimmung ihrer Mitglieder ja weithin gewiss sind. Dort aber, wo man ehrlich und loyal auf Koalitionspartner Rücksicht nahm, wurde man meist überspielt.

Das erste Jahr des Bundesrates zeigt also, dass der zur Zeit begangene Mittelweg ausserordentlich fragwürdig ist, und dass man sich für die eine oder andere Lösung entscheiden muss.

Zweitens ist festzustellen, dass die im Grundgesetz vorgeschriebenen Fristen zu kurz sind. Da die Bundesregierung trotz mehrmaliger Zusicherungen gar nicht daran denkt, aus Loyalitätsgründen grössere Gesetzentwürfe dem Bundesrat im Vorwege zuzuweisen, kommt es in den wichtigsten Fragen zu geradezu verantwortungslosen Abstimmungen. Das klassische Beispiel war die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Betriebsverfassungsgesetz, bei dem sich die Mehrzahl der Länder einfach der Stimme enthielt und so mit reinen Zufallsmehrheiten - trotz besserer Einsicht - ein Votum zustande kam, das dem Bundesrat nicht gerade zur Ehre gereicht. Sicher kann eine solche Gefahr leicht umgangen werden, wenn die Bundesregierung guten Willens ist. Da aber bei den Bismarck-Allüren des jetzigen Kanzlers mit gutem Willen schwer zu rechnen ist, sollte man dann lieber auf eine Stellungnahme verzichten und die Entscheidung des Bundesrates aufsparen, bis das Gesetz vom Bundestag zurückkommt.

Drittens aber, und das scheint mir das wesentlichste zu sein, hat die einjährige Praxis des Bundesrates doch wohl bewiesen, wie ausserordentlich skeptisch man dem Hereinziehen der Länderregierungen in die politischen Entscheidungen des Bundes gegenüberstehen muss. Wieviel klarer wäre die politische Luft in Deutschland, wenn die Landesregierungen auf das Mass zurückgeführt werden könnten, das ihnen in dem schrecklich beengten Raume Westdeutschlands zukommt, nämlich dem bloßen Verwalten bestimmter Landschaften und Bezirke. Eine sehr kluge Zeitschrift hat vor einigen Wochen gesagt, dass die Länderregierungen in Westdeutschland soviel zu regieren hätten, wie man in einer Badewanne schwimmen kann. Und das wäre durchaus richtig, wenn diese unglücklichen Badewannen-Regierungen nun nicht durch den Bundesrat immer wieder auf die Höhe grosser politischer Entscheidungen heraufgezerrt würden, und sogar über Europarat, Wiederaufrüstung und jede andere aussenpolitische Frage mitzureden hätten, und damit ein Gewicht zugeschrieben bekommen, das ihnen wirklich nicht zukommt.

Das eine Jahr Bundesrat hat bewiesen, dass dann seine Institution einer gründlichen Revision bedarf, sobald das deutsche Volk in Freiheit und ohne die wohlmeinenden Ratschläge irgend welcher Besatzungsmächte sich eine Verfassung geben kann. Er wird auf die Form des ehemaligen Reichsrates in der Weimarer Republik zurückzuführen sein. Damit würde auch ein nicht

unwesentlicher Nebenerfolg erreicht werden: dem arm gewordenen Volke Kosten zu ersparen, die in der komplizierten föderalistischen Maschine jedes Maß des Vertretbaren überschreiten. Die Landesminister werden dann wirklich für ihr Land da sein und nicht die halbe Woche in Bonn sitzen; aufgeblähte Ländervertretungen bei der Bundesregierung können endlich verschwinden, und das Primat des Bundestages als einzig echtes Parlament wird dann vielleicht auch so gekräftigt werden, dass auch eine Bundesregierung Adenauerschen Stils sich an die parlamentarischen Spielregeln hält.

- - - - -

Brüderlichkeit und Menschlichkeit

sp. Es ist das traurige Merkmal aller totalitären Staaten, dass sie sich nicht scheuen, mit allen Mitteln von der Intrige bis zum Mord gegen Andersdenkende vorzugehen. In der Nazi-Zeit haben wir erfahren müssen, dass der Staat nicht davor zurückschreckte, Kinder gegen Eltern aufzuhetzen oder Familienmitglieder gegeneinander auszuspielen. Diese Praxis wird in der kommunistischen Bewegung getreu weiterentwickelt.

Kürzlich wurde der leitende kommunistische Stadtverordnete im Alpes-Maritimes Department, Paul Maertens, in Frankreich wegen "Abweichung von der Linie" ausgeschlossen. Das französische kommunistische Zentralorgan, welches sich sinnigerweise "L'Humanité" (Menschlichkeit) nennt, veröffentlichte nun dazu folgenden Brief, den Jean, der Bruder Pauls, an die Leitung der KP richtete:

"Ich erkläre mich vollkommen einverstanden mit der Haltung der Partei gegen den, der mein Bruder war. Ich informiere Euch, dass auch meine Frau und meine Mutter - Mitglieder der Partei - ebenfalls meiner Meinung sind. Meine Mutter sieht sich nicht in der Lage, einen Verräter an der Arbeiterklasse und einen Verräter am Frieden weiterhin im Familienkreis zu dulden".

Eine Partei, die entweder solche Erklärungen erzwingt oder stolz darauf ist, solche Erklärungen veröffentlichen zu können, beweist, dass die Begriffe der menschlichen Würde mit kommunistischem Denken unvereinbar sind.

H.P.

- - - - -

Die Haltung Frankreichs

Von Alfred Frisch, Paris

Mit der Veröffentlichung des Schumanplanes erreichte die französische Aussenpolitik ihren Höhepunkt der Nachkriegszeit. Frankreich fand damit, eigentlich wider Erwarten, einen grossen Teil seines in den letzten 30 Jahren verloren gegangenen Prestiges zurück. Diese Blütezeit der französischen Diplomatie war jedoch von kurzer Dauer. Vom Tage des Angriffes in Korea ab verzichtete Frankreich praktisch auf seine diplomatische Initiative. Auf allen Gebieten lässt man sich treiben, mit dem etwas wehmütigen Entschluss, die Entscheidung einfach hinzunehmen, da man sie doch nicht mehr zu beeinflussen vermag. Die vorhandenen Kräfte sollen lediglich zu einer Verlangsamung der unliebsamen Ereignisse eingesetzt werden.

Am offensichtlichsten ist diese Haltung Deutschland gegenüber. Man weiss in Paris sehr wohl, dass eine erfolgreiche westliche Verteidigung die möglichst unbegrenzte deutsche Mitarbeit voraussetzt. Zur Vermeidung der sehr unerwünschten deutschen Wiederaufrüstung wäre es möglich gewesen, zunächst die Mobilisierung des deutschen Industriepotentials vorzuschlagen. Statt dessen begnügte man sich mit der bedingten Zustimmung zur jeweiligen Erhöhung der deutschen Stahlquote und lenkte damit die Amerikaner zwangsläufig auf das betont militärische Gebiet ab. Nachdem man noch auf der Londoner Aussenministerkonferenz im Mai dieses Jahres sehr entschieden selbst den Gedanken einer deutschen Wiederbewaffnung ablehnte, hat man sich jetzt stillschweigend mit dem Grundsatz einverstanden erklärt und versucht lediglich, seine Verwirklichung um einige Monate hinauszuschieben. Aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, deren Ansichten man wahrscheinlich schlecht kennt, versucht der Quai d'Orsay jede eigene Entscheidung zu vermeiden und hofft, durch die allgemeine Entwicklung zusammen mit seiner öffentlichen Meinung vor unumgängliche fertige Tatsachen gestellt zu werden.

Allerdings wäre es ungerecht, von der französischen Aussenpolitik nur ein negatives Bild zu entwerfen. Der Widerstand gegen die sofortige deutsche Wiederaufrüstung findet seine Erklärung nicht ausschliesslich in der mehr oder weniger unbegründeten Furcht vor der öffentlichen Meinung, sondern auch in dem durchaus vernünftigen Wunsch, in einem Augenblick, da der Weltfrieden beinahe nur noch an einem Faden hängt, nicht unnötig die Sowjetunion vor den Kopf zu stossen. Verschiedene Mitglieder der französischen Regierung wiesen gerade dieser Tage auf die

Notwendigkeit hin, nichts zu unterlassen, um schliesslich doch noch einen erträglichen Modus vivendi zwischen Ost und West zu finden. Seit Kriegsende war es das Bestreben der französischen Aussenpolitik, eine Mittlerrolle zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu spielen. Dieser Traum geht weiter, und man verzweifelt in Paris noch nicht an der Möglichkeit seiner Verwirklichung. Allerdings müsste man dann zunächst aufhören, sich von den Ereignissen treiben zu lassen und in erster Reihe versuchen, auf dem Gebiete der Beziehungen der westlichen Welt zu dem kommunistischen China eine Initiative zu ergreifen, anstatt wie bisher bei allen wichtigen Abstimmungen der Vereinten Nationen die Flucht in die Stimmenthaltung zu ergreifen. Eine weitere Voraussetzung hierfür wäre ferner eine etwas klarere Stellungnahme zur Frage der deutschen Einheit. Traditionsgemäss interessiert man sich jedoch in den meisten französischen Kreisen sehr wenig für die deutsche Einheit. Mehr oder weniger unterbewusst begrüsst man sogar die Zweiteilung Deutschlands als eine der französischen Politik im Grunde genommen entsprechenden Lösung und vergisst dabei, dass man mit dieser Haltung die Herstellung des ersehnten Modus vivendi zwischen Ost und West nur erschwert.

Die materielle Überlegenheit

sp. Über das materielle Kräfteverhältnis der beiden Mächtegruppen in der Welt, die Staaten des Atlantikpakt auf der einen Seite, die Sowjetunion und ihre Satelliten auf der anderen Seite, hat der Franzose P. Billoste in dem Buch "Le temps du Choix" wichtige Vergleichsunterlagen zusammengetragen. Angesichts der allgemeinen Angstpsychose der Völker ist es recht nützlich, sich dieses Kräfteverhältnis einmal genau vor Augen zu führen.

Atlantische Gemeinschaft

Bevölkerung: 1,1 Mrd. Menschen
 Öl : 1,2 Mrd. Tonnen
 Elektr. Energie: 560 Mrd. kw
 Eisenmineral : 180 Mill. Tonnen
 Schmelze u.
 Eisenprodukte : 72 Mill. Tonnen
 Stahl : 126 Mill. Tonnen
 Aluminium : 1,6 Mill. Tonnen
 Fleisch : 14 Mill. Tonnen
 Weizenmehl : 35 Mill. Tonnen

Sowjetunion und Satelliten

670 Mill. Menschen
 350 Mill. Tonnen
 110 Mrd. kw
 45 Mill. Tonnen
 20 Mill. Tonnen
 32 Mill. Tonnen
 100.000 Tonnen
 5 Mill. Tonnen
 25 Mill. Tonnen

Die Berliner Industrieschau

P.T. Berlin, im September

Als Bundespräsident Heuss am Sonntag die Berliner Industrieausstellung 1950 in politisch glanzvollem Rahmen eröffnete, atmete die Ausstellungsleitung auf. Es war wie bei jeder Ausstellung gewesen: bis fünf Minuten vor Eröffnung wurde genagelt, gebuddelt, verglast, verputzt und gestrichen und noch am Sonnabend zweifelte man, dass der Eröffnungstermin eingehalten werden könne. Aber das Wunder geschah, wie bei jeder Ausstellung. Als Bundespräsident Heuss zum Eröffnungsakt schritt verliess der letzte Handwerker die Ausstellungsräume und in vollem Glanz präsentierte sich den Besuchern die bisher grösste Berliner Industrie-Messe. Elf grosse Hallen ergeben eine überdachte Ausstellungsfläche von 40.000 qm, hinzu kommen 10.000 qm gleichfalls dicht belegten Freigeländes.

Zwei Absichten sind mit der Ausstellung verbunden: eine politische und eine wirtschaftliche. Der politische Zweck ergibt sich aus der Lage Berlins als Stoßkeil in die Sowjetzone. Die Ausstellung soll nach Mittel- und Ostdeutschland ausstrahlen und den sowjetdeutschen Illusionen über den "Aufbau" die westdeutsche Realität gegenüberstellen. Wirtschaftlich soll die Ausstellung dem Ausland den letzten Stand der deutschen Industrie vorführen und so den Export beleben. Das Beste und Neueste wurde für Berlin aufgespart. Neben Erzeugern aus der Bundesrepublik sind auch Berliner Firmen mit neuen Patenten vertreten. Um die zwei erwähnten Ziele zu erreichen, wurde eine strenge Qualitätsauslese vorgenommen.

Auch das Ausland wird unter den ausstellenden Firmen vertreten sein. In dem auf dem Ausstellungsgelände mit amerikanischen Mitteln erbauten Marshall-House wird, neben Produkten amerikanischer Firmen, eine ERP-Ausstellung gezeigt. Auch andere Staaten, darunter England, Italien, Frankreich, Belgien und die Schweiz sind vertreten. Das Bundeswirtschaftsministerium hat besondere Messekontingente im Betrage von zwei Millionen Dollar bereitgestellt.

All das zeigt, welche Bedeutung die Bundesregierung, der Berliner Magistrat und die Wirtschaft dieser Ausstellung und ihrer Zielsetzung beimessen: Schaufenster nach dem Osten zu sein und gleichzeitig für Deutschland und Berlin zu werben.

Verantwortlich: Peter Raunau